

Vorblatt zum Frühwarndokument

Vorhaben:	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1367/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. September 2006 über die Anwendung der Bestimmungen des Übereinkommens von Århus über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten auf Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft
KOM-Nr.:	COM (2020) 642 final
BR-Drucksache:	622/20
Federführendes Ressort/Aktenzeichen:	MELUND
Zielsetzung:	Durch den Vorschlag soll die gegenwärtige Möglichkeit der im Umweltbereich tätigen Nichtregierungsorganisationen (NRO) zur Beantragung einer verwaltungsbehördlichen Überprüfung von nicht legislativen Akten eines Organs oder einer Einrichtung der EU erweitert werden. Hierfür soll der 2006 in die Verordnung (EG) Nr. 1367/2006 (sog. Århus-Verordnung) eingeführte Mechanismus der verwaltungsbehördlichen Überprüfung geändert werden.
Wesentlicher Inhalt:	<ul style="list-style-type: none"> - Erweiterung der Definition des Begriffs „Verwaltungsakt“ - Verlängerung der Fristen für das Verfahren der internen Überprüfung
Vorläufige Einschätzung zur Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips (bei Bedenken: kurze Begründung):	Es liegen nach gegenwärtiger Einschätzung keine Anhaltspunkte für einen Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip vor.
Besonderes schleswig-holsteinisches Interesse?:	Besondere Belange des Landes Schleswig-Holstein werden nicht berührt. Der Vorschlag bezieht sich nur auf die verwaltungsbehördliche

	<p>Überprüfbarkeit von nicht legislativen Akten eines Organs oder einer Einrichtung der EU. Aus dem Anwendungsbereich ausgeschlossen bleiben ferner diejenigen Bestimmungen von Verwaltungsakten, für die das EU-Recht ausdrücklich Durchführungsmaßnahmen auf nationaler Ebene vorschreibt. Auf nationaler Ebene bleiben mithin die Voraussetzungen für und der Umfang von behördlichen und/oder gerichtlichen Rechtsbehelfen unberührt.</p>
<p>Zeitplan für die Behandlung: a) Bundesrat b) Rat: c) ggf. Fachministerkonferenzen, etc.</p>	<p>a) noch offen b) nicht bekannt c) nicht bekannt</p>